

Der Deutsche Metallarbeiter

Erscheint wöchentlich Samstags. Anzeigenpreis: Die 6 Spalten. Wöchentlich für Arbeitszettel 20 Goldpfennig, für Arbeitszettelgebote 40 Goldpfennig

Eigentum des Christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands.

Redaktion u. Geschäftsstelle: Duisburg, Stapelort 17, Fernruf 3366 und 3367. Schluß der Redaktion: Freitags morgens 11 Uhr. Zuschriften u. Abonnementbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten

Organ für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie

Nummer 20

Duisburg, den 16. Mai 1925

26. Jahrgang

Vorwärts mit der Sozialpolitik

Von Bernhard Otto

Das Ringen um die Sozialpolitik, um das Vorwärtsdrängen oder Verlangamen ist auf seinem Höhepunkt angekommen. Nach dem anfänglichen notgedrungenen Zurückweichen Ende 1923 sind heute die Gewerkschaften in der Offensive, wie das Bernhard Otto im Aprilheft der deutschen Zeit darlegt.

Der Krisenpunkt ist überwunden. Man kommt im Leben mit Klagen und Jammen nicht weiter; hier heißt es, frisch zugepackt und auch die schwierigsten und schließlich unvermeidbaren Dinge so zu meistern versuchen, daß ihre Wirkung auf ein tragbares Maß zurückgeführt wird. Läßt man sich von den Verhältnissen unterwerfen und in eine Stimmung bringen, die in polternde Verärgerung oder stumme Resignation ausartet, dann kann man nicht die Kraft zu einem erfolgreichen Gegenstoß oder zu einer positiven Gestaltungsgarant mehr aufbringen. Für die Sozialpolitik gilt das Besagte in ganz besonderem Maße. Trotz allem, was noch zu wünschen übrig bleibt, und was mit gutem Rechte an der sozialrückwärtlichen Haltung und dem Wollen weiterer Arbeitgeberfreie beanstandend und kritisiert werden kann, ist doch die an sich sehr erfreuliche Tatsache zu verzeichnen, daß nach dem Rückschlage, der vor gut Jahresfrist einsetzte, sich wieder eine Aufwärtsentwicklung in der Sozialpolitik zeigt. Wir müssen davon ausgehen, daß wir Ende 1923 tatsächlich vor einem staatlichen Zusammenbrüche standen. Es handelte sich um Sein oder Nichtsein, und unter dem Druck der damaligen Verhältnisse mußte man gewisse Rückschläge mit in den Kauf nehmen, sich mit einigen unangenehmen Dingen abfinden unter dem Vorbehalte, daß nach einer Ubergangszeit und nach Eintritt besserer Verhältnisse wieder ein anderer Kurs gesteuert werden müsse. Es ist bereits angedeutet worden, wie es um die Wende 1923 stand. Die ungünstige Situation benutzten die Arbeitgeber, um fast auf der ganzen Linie zu einem Generalangriff gegen die Sozialpolitik vorzugehen. Sie wollten schematisch die Vorkriegsarbeitszeit, Beseitigung des sogenannten „Zarifzwanges“, der Verbindlichkeitsklärung von Schiedspräsidenten, geringere Einflußnahme der Gewerkschaften auf die Lohnabstimmung, Beseitigung des Entlassungsschutzes und hielten überwiegend nur niedrige Löhne für tragbar. Man muß sich das alles wieder vor Augen führen. Die Gefahr für eine Beseitigung fast aller sozialpolitischen Errungenschaften war bei der katastrophalen Lage im Zusammenhänge mit der gesteigerten Machtentfaltung der Arbeitgeber und der Beeinflussung der Öffentlichkeit gegen die Sozialpolitik und gegen die Gewerkschaften sehr groß. Heute können wir sagen, daß die Pläne weiter Arbeitgeberfreie, nicht zuletzt auch durch die zielbewusste Arbeit der Gewerkschaften, gescheitert sind.

Die Einführung des Zweischichtensystems in der Schwerindustrie ist, — wenn auch vorerst nur teilweise, und zwar nur für die Kokerien und Hochofen — wieder entgegengesetzt umgebrochen. Für den rheinischen Braunkohlenbergbau hat durch Schiedsrichter ebenfalls eine wesentliche Arbeitszeitverkürzung, die allerdings längst notwendig und tragbar war, stattgefunden. Es ist ferner nicht gelungen, die staatlichen Schlichtungsinstanzen in der gewollten Weise zu beschränken und die Verbindlichkeitsklärung zu beseitigen. Die Löhne sind im allgemeinen zu niedrig, jedoch, an dem schlechten Stande derselben vor rund Jahresfrist gemessen, ist im allgemeinen im letzten Jahre nach und nach eine nicht unwesentliche Verbesserung derselben erreicht worden. Die Invalidenrenten haben wieder eine merkbare Aufbesserung erfahren, ebenfalls wurde für verbesserte Erwerbslosenfürsorge bei den letzten Haushaltsabstimmungen im Reichstage ein höherer Betrag bereitgestellt. Unsere Wirtschaftslage ist ohne Zweifel nicht günstig, und man kann bei der Beurteilung derselben die ganze außenpolitische Lage und die dadurch in Konsequenz des Dawesabkommens bedingten Lasten (Steuern, Frachten usw.) nicht außer acht lassen, jedoch steht es wieder weit besser, wie kurz nach dem befürchteten Zusammenbrüche. Gewiß bleibt auf dem Gebiete der Sozialpolitik noch sehr vieles zu tun. Wir sind noch weit von dem wünschenswerten Zustande entfernt, aber — und das ist der Kernpunkt — es geht seit

einiger Zeit wieder aufwärts. Der Krisenpunkt ist überwunden und kann als dauernd überwunden gelten, wenn nicht ganz unvorhergesehene Katastrophen eintreten und vor allen Dingen die Gewerkschaften mit Klarheit im Ziele, unter kluger Anpassung an die gegebenen Verhältnisse vorgehen.

Auch in der öffentlichen Meinung hat sich ein gewisser Umschwung vollzogen. Man bekennet sich heute wieder freudiger und offener in weiten Kreisen zur Sozialpolitik. Es ist noch nicht lange her, als unter dem Eindruck der schlechten Gesamtlage auch in weiten Kreisen des Bürgertums laut der Abbau der Sozialpolitik verlangt wurde und zum Teile auch die Gewerkschaften für die bösen wirtschaftlichen Zustände verantwortlich gemacht wurden. Heute bricht sich aber wieder mehr die Erkenntnis Bahn, daß es ohne Sozialpolitik nicht geht und daß letztere für den nationalen Zusammenhalt des Volkes und für die Erhaltung eines gesunden Volkstums unentbehrlich ist. Wiederholt haben in letzter Zeit auch sozialpolitische Kundgebungen von Geistlichen beider Konfessionen stattgefunden und dieselben sind für die Beseitigung sozialer Notstände eingetreten. Von Arbeitgeberseite, insbesondere vom Zechenverbande, ist gegen diese Kundgebung Stellung genommen worden. Soweit eine Einmischung von Geistlichen in einzelne detaillierte Streitfragen Lohnkämpfe usw. in Frage kommt, wird man auf dem Standpunkte stehen müssen, daß das sowohl Gefahren für die Stellung der Geistlichen wie auch für die Kirche selbst im Gefolge haben kann. Es ist auch ausgeschlossen, daß Geistliche die komplizierten lohnpolitischen, wirtschaftlichen und arbeitsrechtlichen Zusammenhänge im einzelnen genügend übersehen können. Kernpunkt bleibt ja auch immer, daß sich die Arbeiterschaft durch eigene Selbsthilfe und Opferbereitschaft den Weg zu besseren Verhältnissen wird bahnen müssen. Andererseits ist es aber vom Standpunkt der sozialen Gerechtigkeit und im Interesse der Schärfung des sozialen Bewusstseins nicht nur dankbar zu begrüßen, sondern es muß von diesem Standpunkte aus sogar erwartet werden, daß bei öffentlichen Verlesungen des Gebotes der Nächstenliebe, bei Mißbrauch der Gewalt und Ausnutzung der Not und Schwäche des Nächsten die Vertreter der christlichen Kirchen ihre Stimmen erheben und zum warnenden Mahner und Ankläger werden. Wenn das in der Vorkriegszeit mehr geschehen wäre, würden vielleicht nicht so viele Massen der Sozialdemokratie zugeführt worden sein.

Aus weiteren Einzelheiten der Sozialpolitik seien noch besonders einige Fragen der Sozialversicherung hervorgehoben. Die Sozialversicherung befindet sich nach Überwindung der Inflation wieder in der Festigung und Befundung. Es ist in den letzten Jahren viel geredet und geschrieben von einer stärkeren Zentralisierung und Zusammenlegung der verschiedenen Versicherungsweige. Eine zu weit gehende Zentralisierung würde aber etwas zusammenfassen, was verwaltungsmäßig und auch seiner Zweckbestimmung gemäß nicht gut zusammenpaßt, und würde ferner, anstatt Entbürokratisierung und Erleichterung, nur eine größere Bürokratisierung bringen. Immerhin ist aber die Frage, inwieweit noch vereinfacht werden kann, z. B. auch dadurch, daß mit weniger Formularen und schematischen Vorschriften gearbeitet wird, von größter Bedeutung. In einem Gutachten, welches der frühere Präsident des Reichsversicherungsamtes unter dem Titel „Zur Umgestaltung der deutschen Sozialversicherung“ herausgegeben hat, wird u. a. vorgeschlagen, die Umgestaltung der deutschen Sozialversicherung in erster Linie in der Richtung vorzunehmen, daß alle Leistungen, die einerseits vorbeugend wirken (z. B. Unfallverhütung) und andererseits mehr unmittelbare wirtschaftliche Gegenwerte hervorbringen (Heilfürsorge usw.), stärker in den Vordergrund gerückt werden. Man soll das eine tun und das andere nicht lassen. Es geht natürlich nicht an, zu gunsten vorbeugender Maßnahmen die mehr reinen Fürsorgemaßnahmen zu vernachlässigen und bei letzteren wesentlich abzubauen. Gerade in der Sozialversicherung muß der Gedanke der Hilfe in Fällen der Not seine stärkste Stütze finden.

es vor, daß in einigen Werken in der Woche über 100 Stunden gearbeitet wird.

Arbeiterchaft und Arbeitszeit

Einer unfer rühmtesten Vertrauensleute der Kollege F. B. der Verwaltungsstelle Wachen. schreibt aus seiner Praxis heraus folgende leider zuweilende Charakteristik mancher Zustände. Man braucht nicht mit allen Einzelheiten übereinzustimmen, um aber doch den Grundgedanken durchaus anzuerkennen.

Nichts ist mehr in der Welt auf sozialem Gebiete so sehr sabotiert worden als der Achtstundentag von dem Arbeitgeber sowie auch von dem Arbeitnehmer. Man braucht heute nicht Schwarzseher zu sein, wenn man geradeaus sagt: Der Achtstundentag ist für die Arbeiterschaft nur noch eine Strafe. Durch die politische Zerküftung in der Arbeiterschaft ist es leider soweit gekommen, daß sie nicht mehr wissen, welchen Ziele sie zusteuern. Der mammonistisch-egoistische Geist hat das Nötige dazu beigetragen. Eine große Zahl von Arbeitgebern auch in der Wachsenen Gegend haben sich dazu verstanden, die Löhne abzubauen und den Arbeitern das Zudehnen der Nacharbeit wie in der Vorkriegszeit angeboten. Von diesem Bissen machen nun allerdings schon eine große Anzahl, besonders Unorganisierte, den ergiebigen Gebrauch. Dabei kommt

Wer erinnert sich nicht noch daran, als gewisse Leute auf dem Wachsenen Hüttenwerke rote Erde in den Vorkriegsjahren sowie auch während des Krieges in 14 Tagen 24 bis 28 Schichten arbeiteten. Wir fragen nun mit allem Ernste, welche Kräfte hierzu geschoren, in einer Woche hundert und mehr Stunden zu arbeiten in angestrengtesten Tätigkeit entweder als Facharbeiter oder Dienstarbeiter? Das Pferd ist an Sonntagen frei sowie auch an Werktagen mindestens um 10 Uhr abends im Stall und ruht aus. Der gegen quält sich der arme Arbeiter im Schweiß des Angesichtes um vielleicht 10 M. (ganze zehn Mark) pro Woche mehr Verdienst herauszuschlagen, die dann leider noch sehr oft dazu dienen, dem Bacchus und Gambrianus zu hulldigen, oder bei Sport und Bällen durchzubringen. Es ist gerade wie eine Pest geworden unter der Arbeiterschaft, und gerade dieses drückt mir schmerzhaft die Feder in die Hand, dieses einmal auch im Organ zu beschreiben. Als wir in den Jahren 1890 bis 1900 nur Schünorgанизationen in der hiesigen Wachsenen Gegend hatten, welche im Interesse der Hütten- und sonstigen Maschinenindustrien standen, waren die Arbeiter an nicht anderes gewöhnt als mit einem Stro-

hentzerlohn entlohnt zu werden. konnten aber, wenn sie wollten, Sonntags noch die Abortgruben oder Kanäle reinigen, um ihre Einkünfte zu steigern. Wir wollen solche Jahre nicht mehr zurückhaben. Deshalb rufe ich als alter Gewerkschaftler und Kollege allen organisierten Kollegen zu: Kollegen! Laßt euch nicht dazu verleiten, um ein Zudehnen den Sonntag zu entheiligen, desgleichen über die durch den Betriebsrat beschlossene Arbeitszeit hinaus länger zu arbeiten, werft den Unorganisierten das Zudehnen der Nacharbeit zu, bis sie es verstanden haben, sich als gemeinsamer Faktor unter der Arbeiterschaft zu betrachten. Verzichtet lieber auf Vergnügen und Alkohol und zeigt euch als opferbereidige Mitarbeiter unseres Verbandes.

Um die deutsche Wirtschaft

Der Reichswirtschaftsminister Neuhaus hat vor einigen Tagen im Haushaltsausschuß des Reichstages Veranlassung genommen, auf die noch immer gefährdete Lage der deutschen Wirtschaft hinzuweisen. Die Arbeiterschaft konnte mit diesen seiner Ausführungen nicht zufrieden sein, denn um manche für die Arbeiterschaft wichtigen Fragen ging der Herr Reichswirtschaftsminister wie die Frage um den heißen Brei. Ja selbst zu allgemeinen Lebensfragen der Wirtschaft hat er sich in sehr „drüberweggehenden“ Wendungen geäußert. Die „Kölnische Volkszeitung“ vom 28. April nimmt gerade daraufhin seine Ausführungen unter die Lupe. Die Darlegungen dieses Blattes müssen auch der Arbeiterschaft zu denken geben. Sie schreibt u. a.:

Werden wir uns zunächst dem Gebiet der handelspolitischen Beziehungen

zu. Zutreffend hat der Minister auf die Verschlebung der Verhältnisse am Weltmarkt und ihre Rückwirkung auf den deutschen Absatz hingewiesen. Aber die Schlussfolgerungen, die er aus dieser Erkenntnis zieht, sind problematischer Natur. Die Notwendigkeit, für unsere Rohstoff- und Halbstoff-Industrien eine gemeinsame europäische Ordnung zu finden, wird seit langem von niemandem mehr verkannt. Fraglich bleibt jedoch, wie sich der Minister die zur Erreichung dieses notwendigen Annäherung an die außerdeutschen Staaten trotz seiner Abneigung gegen jede Verständigungspolitik denkt. Erfreulich ist die Feststellung, daß sich die Regierung zu dem Ziel der Freihandelspolitik bekennet, und es ist ihr zuzustimmen, daß angesichts der protektionistischen Bestrebungen der außerdeutschen Staaten der neue Zolltarif ein Verhandlungsinstrument darstellen muß, um das erstrebte Ziel erreichen zu können. Auch liegt ein Kern von Wahrheit in der Ansicht, daß der Zeitpunkt für Dauermaßnahmen in der Handelspolitik für Deutschland noch nicht gekommen sei. Dennoch ist es höchste Zeit, die Zolltarifvorlage den gelegendlichen Körperlichkeiten endlich zu unterbreiten. Es ist erstaunlich, daß der Reichswirtschaftsminister nicht auf den Gedanken kam, daß gerade in dieser Verzögerung eines der wesentlichsten Hemmnisse bei der Durchführung der Handelsvertragsverhandlungen liegt. Sowohl vom Standpunkt des ausländischen Vertragsteils als auch von dem des inländischen Wirtschaftlers erscheint die Kenntnis des neuen Zolltarifs für die Würdigung der Handelsverträge als unentbehrlich. Unseres Willens waren die Arbeiten bereits vor Jahr und Tag beträchtlich fortgeschritten, so daß nicht ersichtlich ist, woran die Beschleunigung der Vorlage scheitert. Wir fragen daher den Minister, ob ausschlaggebend hierfür etwa parteipolitische Hemmnisse sind und wie er gegebenenfalls die Rücksichtnahme darauf mit der erfreulichen Erkenntnis in Uebereinstimmung zu bringen gedenkt, daß die wichtigste Aufgabe des Wirtschaftsministeriums die ist, alle einschlägigen Fragen lediglich vom ökonomischen Gesichtspunkt aus zu betrachten, ungeachtet der gegebenenfalls gefährdeten Popularität. Ganz unabhängig davon muß im Interesse der Gesamtheit dringend gefordert werden, daß die Reichsregierung schleunigst ihre Zolltarifpläne bekanntgibt, um dadurch dem Boden, auf dem sich unser Außenhandel vollzieht, eine feste Grundlage zu geben. Zutreffend hat Dr. Neuhaus die uns bis zur Fälligkeit der Reparationsleistungen gewährte Atempause als zu kurz bezeichnet; die natürliche Folge davon mußte aber sein, daß wir die Vorbereitungen auf die übernommenen Reparationsleistungen nicht selbst noch verzögern dürfen. Unter diesem Gesichtswinkel ist auch die unausgeglichenen Handelsbilanz Deutschlands zu betrachten, die zeigt, wie notwendig es ist, endlich an der richtigen Stelle den Sattel anzulegen, um den Absatz auf dem Weltmarkt zu fördern. Dieses Ziel ist nur zu erreichen, wenn die

Selbstkosten unserer Industrie

in ein normales Verhältnis zu der Preisbildung auf dem Weltmarkt gebracht werden. Dr. Neuhaus hat in diesem Zusammenhang in allerdings sehr vorsichtiger Weise die Lohnfrage angeschnitten. Er hat dies sogar so vorsichtig getan, daß sich die beteiligten Kreise je nach ihrer Einstellung den ihnen passenden Vers darauf gemacht haben. Deshalb ergibt sich die Notwendigkeit, einmal festzustellen, ob Deutschland wirklich den Absatzmarkt durch die Lohnfrage verliert, wie dies gern von Unternehmerseite behauptet wird. Richtig ist zweifellos, daß wir mit der Missetzung der Löhne und Gehälter nicht vorwärts kommen, und offensichtlich sind auf diesem Gebiet die Irrungen auch auf Arbeitnehmerseite zum größten Teil überwunden. Die Behauptung, daß der Anteil des Lohnes am Preis der Erzeugnisse verhältnismäßig zu hoch sei, ist jedoch, absolut und relativ gesehen, irreführend. Der Grund für die ungünstige Preisgestaltung liegt vielmehr in erster Linie in der „Strafe“, die der Reichsfinanzminister auf den hohen Umsatz legt. Dadurch ist für den Arbeitnehmer die Umkehrung des alten Grundgesetzes: „Großer Umsatz, kleiner Nutzen“ in „kleiner Umsatz bei großem Nutzen“ je Einheit der Erzeugnisse üblich geworden. Demnach wäre es besonders wünschenswert, daß das Reichswirtschaftsministerium die Fühlung mit der Schwesterstelle, dem Reichsfinanzministerium, beschleunigt aufnähme. Ist hier erst Wandlung geschaffen, so darf man voraussehen, daß die privatwirtschaftliche Einsicht unseres Unternehmertums sich der Notwendigkeit einer Verringerung des Unternehmerrgewinns an der Gütererzeugung gleichfalls nicht verschließen wird. Vorausgesetzt natürlich, daß das fünftägige Zollsystem das Spiel der Kräfte innerhalb eines gesunden Wettbewerbs nicht beeinträchtigt. Bezüglich des Lohnanteils kann nicht bezweifelt werden, daß dieser im Hinblick auf die Lebensfähigkeit der wirtschaftlich abhängigen Bevölkerung keine Ermäßigung erfahren kann, sondern, daß im Gegenteil eine Aufbesserung für den Augenblick ins Auge zu fassen ist, wo die Bege der Rohstoffe es eben zutrifft. Das ist nicht nur im Interesse der ge-

besten Schichten wünschenswert, sondern auch in dem der Wirtschaft allgemein. Insbesondere ist dabei die Frage wegen der

Neubildung von Kapital

In den Vordergrund zu stellen. Mit größter Emsigkeit muß endlich der abwegigen Ansicht entgegengetreten werden, daß diese Neubildung sich nur in den wirtschaftlich selbständigen und über-

ste Höhe. Die Schätzungen des Volkvermögens aus der letzten Vorkriegszeit schwanken zwischen 300 Milliarden (Dr. Lutzer als Reichsfinanzminister) als niedrigster und 807 Milliarden (Stein-

Für die Nachkriegszeit gehen die Schätzungen des Volkvermögens ähnlich wie für die Vorkriegszeit auseinander. Der ganzen Natur der Dinge nach lassen sich eben keine

Auf alle Fälle spricht in diesen Ziffern und Vergleichen eine außerordentliche innere Verarmung des deutschen Volkes aus. Der

Volkvermögen u. Dawesgutachten

v. B. Im vorläufigen Reichswirtschaft hatte Mitte April der Reichswirtschaftsminister bei der Besprechung des Problems der

Lehrt die Anschauung kann man durchaus bestimmen. Denn die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit Deutschlands wird auf unser

Wie lagen denn bei uns die Dinge vor dem Kriege? Deutschland wurde, namentlich in den letzten beiden Jahrzehnten, nicht

Der Berg von Lasten und Schwierigkeiten, vor dem wir stehen, darf uns aber nicht etwa Veranlassung zu Verzweiflung oder Zurück-

Ein Hindernis ist Losen, ein erschütterndes Hindernis, davon die

„Eine feine Firma“ Eine „feine“ Firma ist die Spindel- und Fahrradfabrik H. J. Schneider

„Eine erleuchtete Nation.“ Im Jahre 1924 sind in den Vereinigten Staaten 488 Millionen Glühlampen

Der Bauernkrieg 1525

Von Peter Weber.

Vierhundert Jahre sind in diesem Frühjahr verflossen, seit der Bauernkrieg seinen Höhepunkt erreichte. Ohne Zweifel hatten die Bauern ein großes Stück Berechtigung

„Ein Hindernis ist Losen, ein erschütterndes Hindernis, davon die

Welt in der Lehre Christi zu göttlichem Gehor erhaben ist: Der Mensch soll des Menschen Bruder sein, nicht der Bedrückter und Ausbeuter.

„Eine erleuchtete Nation.“ Im Jahre 1924 sind in den Vereinigten Staaten 488 Millionen Glühlampen

Betriebe für sich behalten.“ Als jedoch nach einiger Zeit unser Mitglied versuchte, auch die anderen Betriebskollegen von der

Die Betriebsräte scheinen der Firma ebenfalls ein Dorn im Auge zu sein. Getreu der Einstellung mancher Arbeitgeber, sie

Beginn und Ende der täglichen Arbeitszeit fest natürlich Herr Schneider allein und willkürlich fest. Wenn von einzelnen Arbeit-

Eine erleuchtete Nation. Im Jahre 1924 sind in den Vereinigten Staaten 488 Millionen Glühlampen

Kurze Notizen

Kruppsche Lokomotiven für Brasilien.

Am 14. Oktober 1924 übertrug die Sorocabana-Bahn in Brasilien der Fried. Krupp A.-G. in Essen durch Kabelnachricht die

Der Amerikatredit der Siemens-Rhein-Elbe-Schudert-Union. Das New Yorker Bankhaus Dillon Read u. Co. haben der

Entdeckung eines reichen Kohlenlagers auf Sumatra. Auf dem in der Provinz Bengalis gelegenen 4500 Morgen um-

Eine erleuchtete Nation. Im Jahre 1924 sind in den Vereinigten Staaten 488 Millionen Glühlampen

Eine erleuchtete Nation. Im Jahre 1924 sind in den Vereinigten Staaten 488 Millionen Glühlampen

Eine erleuchtete Nation. Im Jahre 1924 sind in den Vereinigten Staaten 488 Millionen Glühlampen

Eine erleuchtete Nation. Im Jahre 1924 sind in den Vereinigten Staaten 488 Millionen Glühlampen

Eine erleuchtete Nation. Im Jahre 1924 sind in den Vereinigten Staaten 488 Millionen Glühlampen

Eine erleuchtete Nation. Im Jahre 1924 sind in den Vereinigten Staaten 488 Millionen Glühlampen

Eine erleuchtete Nation. Im Jahre 1924 sind in den Vereinigten Staaten 488 Millionen Glühlampen

Eine erleuchtete Nation. Im Jahre 1924 sind in den Vereinigten Staaten 488 Millionen Glühlampen

Verbandsgebiet

IV. Bezirk. (Sachsen-Anhalt, Hessen und angrenzende Gebiete).

Zahlreich hatten sich die Delegierten aus allen Teilen des Bezirks, am letzten Sonntag, den 3. Mai, zur diesjährigen Bezirkskonferenz des IV. Bezirks in Offenbach a. M. eingefunden. Nach Begrüßung der Delegierten, besonders aber des Verbandsvorsitzenden Reichstagsabgeordneten Franz Weller, Duisburg, erstattete der Bezirksleiter Kollege Wesp, den Geschäfts- und Kasienbericht über das letzte Jahr. Der Berichtsteller gab zunächst ein Bild über die wirtschaftliche Lage des vergangenen Jahres innerhalb des Bezirks. Daraus ist festzustellen, daß die wirtschaftliche Lage sich erst am Ende des Jahres einigermassen gebessert hat, mit Ausnahme des Mainzer Gebietes, wo es auch heute zum Teil noch frohlos aussieht. Diese vorjährige schlechte wirtschaftliche Lage suchten die Arbeitsgeberwesende wesentlich zu ihren Gunsten auszunutzen, so wurden alle größere Kollektiv-Abkommen gekündigt, um hauptsächlich den Urlaub herabzudrücken zu können, gleichzeitig wurde von ihnen versucht, auf Grund der neuen Arbeitszeitverordnung die bestehende Arbeitszeit wesentlich zu verlängern. Aber auch bei der Umrechnung der aus der Inflationszeit bestehenden Papiermarktlöhne in Goldmarktlöhne versuchten die Arbeitgeber, gerade in der Metallindustrie die Löhne herunterzudrücken. Leider wurden diese Bestrebungen der Arbeitgeber, durch das Verhalten eines Teiles der Metallarbeiter dadurch gefördert, daß dieselben glaubten, ohne Verband auskommen zu können. Trotzdem hat der Verband alles getan, um die geplanten Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen auf sozialen, arbeitsrechtlichen und wirtschaftlichen Gebieten zu verhindern. Es ist auch gelungen, den Urlaub usw. in der alten Höhe zu erhalten, auch in der Arbeitszeitfrage war es gerade der christliche Metallarbeiterverband, der im Mai o. J. durch seine Denkschrift an den Reichsarbetsminister die Wiederführung des Achstundentages für die Schwerarbeiter forderte. Der Erfolg war, daß am 1. April 1925 für Hochöfenanlagen und Kesselbetriebe die Achstundenschicht wieder eingeführt wurde, und dadurch der Anfang gemacht zur Wiederherführung des Achstundentages in der Metallindustrie. In der Lohnfrage konnte erreicht werden, daß die Löhne um ca. 20 bis 30 Prozent vom Anfange bis zum Ende des Jahres erhöht wurden.

Erfreulich war, daß durch diese gewerkschaftliche Arbeit bei den dienstfähigen Arbeitern die Erkenntnis wieder gekommen ist, daß man ohne Verband seine Lage nicht verbessern kann, und so konnte die Mitgliederzahl von Monat zu Monat wieder gesteigert werden. Aber auch in der Beitragsfrage brach sich unter den christlich organisierten Metallarbeitern die Erkenntnis Bahn, daß man mit niedrigen Beiträgen keine wirtschaftlichen Kämpfe führen kann und so wurden am Ende des Jahres im ganzen Bezirk erhöhte Beiträge durchgeführt. Nachdem der Redner den Delegierten noch eingehenden Bericht über die Mitgliederbewegung, sowie über die Finanzlage des Bezirks erstattete, sprach er die bestimmte Erwartung aus, daß in der Zukunft noch aufklärerischer und reger unter den christlich denkenden Metallarbeitern in allen Sektionen des Bezirks gearbeitet wird. Die anschließende Ansprache war eine äußerst lebhaft aber auch eine hoffende. Es beteiligten sich u. a. daran die Delegierten Schmitt, Kutta; Marschana, Höcht u. A.; Geburze, Kassel; Hunsrück, Lindner, Münstler; Göller, Hunsrück; Kelniger, Offenbach; Gramlich, Groß-Auheim; Genfert, Urberach; Neudeck, Frankfurt, usw. Alle Diskussionsredner waren sich einig, daß jetzt der Zeitpunkt gekommen ist, wo in allen Sektionen die Vorbereitung für den Verband aufgenommen werden muß, denn nur durch eine wesentliche Stärkung des Verbandes kann die schlechte Lage der Metallarbeiter gebessert werden. Die jugendlichen Kollegen Kroll und Gramlich forderten in jugendlicher Begeisterung die alten Metallarbeiter auf, doch Sorge zu tragen, daß ihre Söhne der Jugendabteilung des christlichen Metallarbeiterverbandes zugeführt werden. Kollege Marschana, Betriebsrat in der chemischen Industrie, sprach eingehend über die schlechte wirtschaftliche Lage der Metallarbeiter in der chemischen Industrie. Er forderte im Namen der christlich organisierten Metallarbeiter der chemischen Industrie, Sektion VII, daß in Zukunft bei Tarif- und Lohnverhandlungen der christl. Metallarbeiterverbände als Vertreter seiner zahlreichen Mitglieder zugezogen wird, denn nur ein Berufswort kann die Rechte seiner Mitglieder auch wirklich vertreten. Einstimmig trat die Konferenz diesen Darlegungen bei. Koll. Lindner sprach dem Bezirksleiter den Dank aus für die geleistete Arbeit für die christlichen Metallarbeiter im Bezirk aus. Nach einer fast dreistündigen Aussprache wurde dann die Tagung auf eine kurze Zeit zur einer Mittagspause unterbrochen.

Die Nachmittagsitzung wurde mit einem großzügigen Referat des Verbandsvorsitzenden Koll. Weller eingeleitet, es bildete den Höhepunkt der ganzen Tagung. Der geschätzte Redner ging zunächst auf einige wichtige Fragen, die sich im Laufe der Tagung aufgeworfen haben, ein und entwickelte dann ein Bild von unserer derzeitigen Lage, in der wir uns befinden. Klar und bestimmt waren seine Ausführungen über die Wege, die wir als christlich organisierte Metallarbeiter im Wirtschaftsleben zu gehen haben. Aber auch in gewerkschaftlicher Hinsicht zeigte er den Delegierten die Arbeit, die zu leisten ist. Wir sind eine christlich-nationale Organisation. Die politische und religiöse Neutralität muß auch in der Zukunft unbedingt gewahrt werden. Man muß sich mehr achten und verstehen lernen. Am Schlusse richtete der ergraute Führer der christlichen Metallarbeiter Deutschlands einen begeisterten Appell an die Delegierten, nunmehr das Gehörte allüberall in die

Tat umzusetzen. Der begeisterte Beifall zeigte, daß auch die christlich organisierten Metallarbeiter des IV. Bezirks nach wie vor gewillt sind, im Sinne ihres vereinten Verbandsvorsitzenden zu arbeiten.

Nach einem kurzen kernigen Schlussworte des Bezirksleiters und mit einem Hoch auf ihren Führer Fr. Weller, und auf den ganzen christlichen Metallarbeiterverband fand die diesjährige so einseitig verlaufene Konferenz des IV. Bezirks ihren Abschluß.

Eine Lektion für die Facharbeiter im Erzbergbau Deutsch-Oberschlesiens.

Wer vertritt die Rechte?

Seit Dezember vorigen Jahres schwebt ein Lohnstreik der Facharbeiter im Erzbergbau Deutsch-Oberschlesiens, ohne daß bisher der breiteren Öffentlichkeit über seine Ursachen und Entwicklung Näheres bekannt wurde. Der Verlauf einer heute vor dem Schlichtungsausschuss in Gleiwitz in dieser Sache zwischen den Parteien stattgefundenen Verhandlung zwingt jedoch dazu, auch einiges über die Art der Behandlung arbeitserwilliger Streitfragen über die Grenzen der beteiligten Kreise hinaus bekanntzumachen.

Auf Antrag des christlichen Metallarbeiterverbandes wurden die auf den Erzgruben beschäftigten Arbeiter in die am 28. 11. 24 vor dem Schlichter stattgefundenen Verhandlungen mit einbezogen. Die nachdem daraufhin gefällten Schiedsspruch vorgesehene Lohnerhöhung wurde auch auf den Erzbergbau ausgedehnt. Zur Regelung der Löhne für die einzelnen Arbeitergruppen fand am 6. Januar in Reuthe eine Verhandlung der Arbeitgebervertreter mit Vertretern des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands, der Polnischen Berufsvereinigungen und des Polnischen Zentralverbandes statt. Das Ergebnis für die im Erzbergbau beschäftigten Facharbeiter, Maschinisten, Heizer und sonstigen Metallarbeitern war unbestriedend.

Der christliche Metallarbeiterverband Deutschlands beantragte durch gleichzeitige Schreiben an die Arbeitsgemeinschaft der Bergarbeiterverbände und an den Arbeitgeberverband besondere Verhandlungen zur Regelung der Lohnverhältnisse der Facharbeiter. In dem Schreiben des C. M. B. D. an die Arbeitsgemeinschaft der Bergarbeiterverbände vom 14. Januar 1925 wurde u. a. folgendes ausgeführt:

„... Zu denjenigen, die unter den schlechtesten Lohnverhältnissen zu leiden haben, zählen die in den Facharbeiter-Lohngruppen geführten Arbeiter des Erzbergbaues Deutsch-Oberschlesiens.“

Daher wird hierdurch namens der zu vertretenden Arbeitergemeinschaft baldmöglichst Verhandlungen einzuleiten, um eine Verbesserung der Lohnverhältnisse unter Berücksichtigung folgender Vorschläge zu veranlassen:

Facharbeiter:

Gruppe A 50 Wfg. pro Stunde

Gruppe B 47 Wfg. pro Stunde

Gruppe C 43,5 Wfg. pro Stunde

Gruppe D 40 Wfg. pro Stunde

Gruppe E über 24 Jahre 38 Wfg. pro Stunde

Jugendliche über Tage 10 bis 12 Wfg. pro Stunde.

Ungeachtet der bestehenden Feuerungsverhältnisse und der gedrängten Lebenshaltung der vorstehend aufgeführten Arbeitergruppen hofft der Unterzeichnete, daß die vorgeschlagenen Sätze im Rahmen der zu ergänzenden Lohnordnung für Arbeiter im Erzbergbau Deutsch-Oberschlesiens auch seitens des Arbeitgeberverbandes angenommen werden.

Eine befehlungte Erledigung dieses Antrages liegt im Interesse der dringend notwendigen Besserung der überaus großen Notlage der davon betroffenen Arbeiterschaft.“

Darnach trat der christliche Metallarbeiterverband für eine Erhöhung der mit den anderen Organisationen für Facharbeiter vereinbarten Löhne ein. Es war überhaupt die Annahme berechtigt, daß die am 5. Januar dieses Jahres ohne Zustimmung maßgebend interessierter Arbeiterorganisationen (C. M. B. D. und Gewerkschaft christlicher Bergarbeiter) abgekehrten Löhne für die Facharbeitergruppen nicht ohne weiteres rechtmäßig sein konnten, zumal Vertretungsvollmachten von den an der Verhandlung nicht beteiligten Organisationen an Dritte, auch nicht an die Leitung der sog. Arbeitsgemeinschaft übertragen worden war, letztere sich auch nicht ohne weiteres für befügt erklären konnte, einen allgemeinen Abschluß der Verhandlungen vorzunehmen. Die Lohnfrage der Facharbeiter war also auch vom rein formalrechtlichen Standpunkt aus nur scheinbar dadurch gelöst worden, indem zur Zeit der allgemein vorgesehene Lohnerhöhung auch eine Erhöhung der Facharbeiterlöhne eintrat; ungelöst blieb leider nach wie vor die Frage angemessener Entlohnung nach Vorbildung und Leistung für die beschwerdeführenden Facharbeiter. Viele von ihnen haben auch heute noch nicht einmal zahlenmäßig ihren Friedenslohn erreicht, abgesehen davon, daß der Friedenslohn bisher noch für keine der Arbeitergruppen im Erzbergbau gezahlt wird.

Wenn demnach also jedem, auch dem ungelerten Arbeiter ein möglichst hoher Lohn zugesprochen werden könnte, so sind die gegenwärtigen Lohnverhältnisse im Erzbergbau einer durchgehenden Verbesserung dringend bedürftig. In wichtigen Lohngruppen ist der gleichartige Facharbeiter unter Tage dem ungelerten Hilfsarbeiter unter Tage bei gleicher, teils sogar noch längerer Arbeitszeit im gegenseitigen Lohnverhältnis wesentlich ungünstiger gestellt. Das geht aus folgenden nach dem am 5. Januar dieses Jahres

zwischen den oben genannten Organisationen vereinbarten Löhnen zweifelsfrei hervor:

A) Schlepper im Bedinge (24jährig):

1. In hohen Wellern . . . 3,82 M
2. In Wellern von geringerer Höhe und in Strecken . . . 3,71 M
Zimmerlinge im Schichtlohn . . . 3,71 M

B) Facharbeiter unter Tage bei 3 1/2 bis 8stündiger Verdiensterrechnung (24jährig und mehr, einschließlich der sog. Facharbeiterzulage unter Tage):

Gruppe A 3,97 M bis 4,19 M
Gruppe B 3,80 M bis 4,01 M
Gruppe C 3,83 M bis 3,93 M
Gruppe D 3,29 M bis 3,47 M
Gruppe E 3,21 M bis 3,38 M

Dabei ist zu berücksichtigen, daß die unter Abschnitt A aufgeführten Arbeitergruppen täglich 8 1/2 Stunden Arbeitszeit einschließlich Ein- und Ausfahrt haben, während viele der unter Abschnitt B genannten Arbeitergruppen zur sachgemäßen Verrichtung ihrer Arbeiten mindestens 9 1/2 Stunden an ihrer Arbeitsstelle unter Tage verbleiben müssen. Dafür wird ihnen aber nur selten eine entsprechende Vergütung gewährt. In solchen Fällen ergeben sich nämlich gewöhnlich die bekannten Meinungsverschiedenheiten zwischen den rechtmäßigem Arbeitern und ihren unmittelbaren Vorgesetzten. So mancher unorganisierte Arbeiter ist dann ohne Schutz gegenüber willkürlicher Lohnverrechnung.

Es ergeben sich bei 25 verfahrenen Schichten für den über 24 Jahre alten Facharbeiter unter Tage bei 8 1/2stündiger Verdiensterrechnung nach den unter Abschnitt A aufgeführten Lohnsätzen Leistungslöhnerdienste in Höhe von 80,25 M bis 99,25 M pro Monat; bei 8stündiger Verdiensterrechnung 84,50 M bis 104,75 M. Wer sich wirklich die Mühe nimmt und herauszurechnen sucht, was bei solchen Verdiensten nach Abzug der bis zu 20 Prozent der Gesamtdienste monatlich betragenden Pflichtzahlungen (Steuern usw.) in einem Haushalt beizutragen werden soll, wird bald finden, daß eine menschenwürdige Lebenshaltung völlig unmöglich ist. Wer darüber hinaus aber noch die oben angeführten Gründe berücksichtigt, wird zweifellos das Vorgehen des christlichen Metallarbeiterverbandes zur Herbeiführung der Verbesserung der Lohnverhältnisse der Facharbeiter für durchaus berechtigt und der Billigkeit entsprechend ansehen müssen.

Der Schlichter dieser Fellen war der Auffassung, daß dies mindestens durch den Gleiwitzer Schlichtungsausschuss geklärt werden müßte. Der Verlauf der Verhandlung zeigte jedoch, wie wenig oftmals die in Arbeitsstreitigkeiten entscheidenden Stellen die tatsächlichen Verhältnisse zu prüfen bzw. zu berücksichtigen in der Lage oder auch, was schlimmer wäre, dazu bereit sind!

Der Schlichtungsausschuss entschied nämlich, daß eine Verbesserung der Löhne der Facharbeiter im Erzbergbau nicht erfolgen könnte. Eine ausreichende Begründung seiner höchstbedenklichen Entscheidung liegt noch nicht vor. Die mündlich durch den Entscheidenden abgegebene Erklärung kann jedenfalls nicht als solche angesehen werden, wenn man sich die kaum zu schätzende Notlage der Arbeiterschaft nur annähernd vergegenwärtigt. — Inwiefern man davon durch angebliche formalrechtliche Rücksichten gebunden ist, dürfte jedenfalls einer der beiden verfahrenen Interessierten der Parteien nach Recht und Billigkeit wirklich abwägen den Stellen kaum zweifelhaft sein.

Der Vertreter des christlichen Metallarbeiterverbandes gab daher am Schluß der Verhandlung eine Erklärung ab, die inhaltlich besagt, daß nach der bisher allgemein üblichen arbeitsrechtlichen Spruchpraxis der Gleiwitzer Schlichtungsausschuss befugt war, die bestehenden Lohnverhältnisse der Facharbeiter im Erzbergbau neu zu regeln. Daß es nicht gelang, muß nicht nur den Bauern, sondern auch Besremden erregen. Eine solche Lohnpolitik, die nicht einmal die bestehenden Forderungen — um solche handelt es sich im vorliegenden Falle — muß letzten Endes zur Katastrophe führen.

Der Arbeitgeberverbandsvertreter gab daraufhin auch eine Erklärung ab, wonach die Lohnordnung im allgemeinen zu kündigen gewesen wäre, was auch nicht während der Verhandlung geschah.

Dazu sei noch bemerkt, daß der Vertreter des christlichen Metallarbeiterverbandes in der Verhandlung ausdrücklich hervorhob, daß das Schreiben vom 14. Januar d. J. in dem die Veränderung der bestehenden Lohnverhältnisse beantragt wurde, als Kündigung für die davon betroffenen Arbeitergruppen anzusehen sei; leider schloßen sich ihm die Vertreter der anderen Organisationen nicht vollinhaltlich an, wodurch vermuthlich im Schlichtungsausschuss der die Arbeiterinteressen schädigende Zweifel über die Zweckmäßigkeit einer sofortigen Entscheidung der Facharbeiter entstanden sein mag.

Den Facharbeitern, Maschinisten und sonstigen Metallarbeitern der Grubenbetriebe sollte dieser Vorfall zu denken geben. Man darf daran gespannt sein, ob die Bergarbeiterorganisationen der anderen Richtungen auch in Zukunft die volle Solidarität und Pflichtbewußtheit für die Facharbeiter bei späterer Behandlung der kritischen Frage aufbringen werden, sobald nochmals über diese Frage verhandelt wird.

Der christliche Metallarbeiterverband Deutschlands wird jedenfalls nach wie vor die berechtigten Forderungen der Handwerker, Lokomotivführer, Maschinisten Heizer und sonstigen Metallarbeiter der Grubenbetriebe mit allen gewerkschaftlichen Mitteln vertreten.

folkt ihr will, lieben Herren, Gott schafft's also, daß man nicht kann noch will, eure Wüterei länger dulden. Ihr müßt anders werden. Es sind nicht Bauern, liebe Herren, die sich wider euch sehen, Gott selber ist's, der sich wider euch, heimsuchend eure Wüterei. Und ist's ja nicht länger erträglich, so zu schämen und zu schänden. Die Herren kehrten sich nicht an diese Mahnungen, sie rühten ihre Heere wider die Bauern.

Schon 1443 waren im Bistum Würzburg die Bauern aufgestanden, weil die Lasten unerträglich geworden waren. 1458 griffen die verzweifelten Bauern im Salzburgerischen zu den Waffen. 1476 predigte der Bauer von Niklashausen den Aufruf. 1493 richteten die Bauern im Elb- den „Bundschuh“ auf, so genannt, weil sie als Feldgehenden die Fußbedeckung des kleinen Mannes führten. Immer gelang es den Herren, den Aufruf zu vereiteln oder zu unterdrücken. Die Führer wurden enthauptet, gevierelt oder verhängelt. Aber die Bewegung wurde immer stärker. 1502 war die Brüderlichkeit des Bundschuh an Rhein, Neckar und Main. Der Ort vereitelte den Aufruf. Dann tauchte der Bundschuh im Schwarzwald auf. 1514 fanden die Bauern auf in Würtemberg; es war der Aufruf des „armen Konrad“. Im gleichen Jahr brannten 80 000 Bauern in den österreichischen Alpenländer die Burgen der Herren nieder. Maximilian schlug mit einem Heer den Aufruf nieder. Im gleichen Jahre erhoben sich in Ungarn 60 000 Leibeigene und Anfreie unter Georg Dösa. 400 vom Adel wurden erschlagen. Doch Dösa mußte den Heeren der Herren unterliegen. Man rüstete ihn in einem glühenden Eisenkron und zwang seine Gefährten, von seinem Fleisch zu freßen.

Im Frühjahr 1525 kam es zur Erhebung der Bauern im ganzen deutschen Land. Zuerst standen die Tiroler auf. Im Schwarzwald und im Breisgau zogen die Bauern unter Führung des Hans Müller von Sulgenbad in den Kampf; im Ober- und Unterallgäu zettelten sie sich zusammen. Unterhalb Ulm bei Leipheim bildeten sie in zwei Wochen ein Heer. Im Gebiete der Stadt Heilbronn und des Deutschen Ritterordens rührten sie das Land auf. Die

Bauern um Rothenburg o. d. Tauber fanden auf. Im Odenwald brachte Georg Wehler in kürzester Frist ein Heer zusammen, und im Gebiete der Grafen von Hohenlohe sammelte Wendel Hipler die Bauern unter seiner Fahne. Thomas Münzer aber rief in Mühlhausen i. Thür. die Republik des neuen Reiches Gottes aus. Von Oberpfalz wabte die Bewegung auf Franken über. In Lothringen kämpften die Bauernheere. Kurz, in ganz Süddeutschland, bis in die Alpen hinein, brach der Aufruf los. Die Burgen und Schlösser der Herren und die Klöster wurden verbrannt. Die kleinen Städte traten auf die Seite der Bauern, auch größere wie Heilbrunn und Würzburg. Aber die Bauernhäuser hatten keine Führung, sie ließen sich nicht zu einheitlichem Handeln zusammenfassen. Es fehlten militärische Führer und Waffen. Die Fürsten konnten Zeit gewinnen, Heere zu sammeln. Und es gelang ihnen, einen Heerhaufen nach dem anderen abzuschneiden. Sie scheuten vor keinem Mittel zurück. Es war ein Massenmord, wie es noch selten in der Geschichte erlebt worden ist. Über 100 000 Bauern waren erschlagen oder geächtet worden. Die Herren nahmen fürchterliche Raub. Die Bauernschaft wurde nun noch mehr gebändert und gedückt. In den Brandtürmen der Pörzer und in den Wäldern kamen Weiber und Kinder von Hunger um. Das Land verarmte. Der Bauer war schlechter davon als sein Vieh. Ihm, der des Leibes Nahrung dem Boden abgemann, blieb nicht so viel, seinen und seiner Kinder Hunger zu stillen. Eine fürchterliche Sündflut war über den deutschen Land gekommen, aber sie brachte nicht der ungerechten, sondern der gerechten Sache den Untergang.

Die erste deutsche Industrieausstellung

Kein Jahr vergeht, das nicht zahlreiche Ausstellungen brachte. Fast jede größere Stadt hat den Ehrgeiz, von Zeit zu Zeit eine Ausstellung zu veranstalten, um ihren Besuchern die letzten Fort-

schritte der Industrie vor Augen zu führen. Die Ausstellungen sind nun nicht etwa neuesten Datums, denn schon vor mehr als dreihundert Jahren hat die erste Industrie-Ausstellung in Deutschland stattgefunden. Das Verdienst sie veranstaltet zu haben, gebührt der Stadt Nürnberg. Im Jahre 1569 war es, als die Stadtoberkeit Nürnbergs den Entschluß faßte in der Zeit zwischen Ostern und Pfingsten im Rathaus eine Ausstellung von Gegenständen des Handwerks und Kunsthandwerks zusammenzustellen, die schließlich außerordentlich reichhaltig wurde. Es wurden zunächst Gold- und Silberarbeiten, sowie Eisenbearbeitungen ausgestellt, aber dann auch Bücher, Musikinstrumente, Waffen, Leder- und Metallwaren zu sehen und — genau wie heute! — die neuesten praktischen Erfindungen für Haushalt, Handwerk und Landwirtschaft. Zur besseren Orientierung hatte man auch einen richtigen Katalog herausgegeben, in dessen Einleitung es heißt: „Im Rathaus hat die Stadtoberkeit zum Erzherzogen und Berwundern für Jadermann, sonderlich einem ehrenhaften Handwerkskunds zu Ruh und Lehr, alle Neuerungen in denen Handlungen der Weltzeit aus der ganzen Welt, leihender mit unsrer anheimliche Kunst-ergänzung“ zum Beglückung niedergelegt was jeithero noch in keiner Stadt gesehen. Am den Männern von künstlerischen Fertigkeit in ihrer Arbeit behilflich zu sein ist ein gedruckter Ausweis an die Mäuren genagelt, der eine Erklärung von mehr denn 100 Sachen gibt. Der Schreibruch, darf selbsten auch abschreiben und zum ewigen Gedächtnis sein kindlichen vermachem.“ Die Nürnberger Ausstellung war demnach ein etwas verführer Vorläufer, denn erst im Jahre 1756 wurde, und zwar diesmal in London, wieder eine Industrie-Ausstellung veranstaltet. Von da ab folgen nach und nach auch andere Städte dem deutschen und englischen Beispiel, doch in Bayern fand erst im Jahre 1814 wieder eine Ausstellung „für inländischen Kunst- und Gewerbefleiß“ statt, worauf denn ein Jahre später auch in Berlin und Dresden Ausstellungen wurden.

Kauch in der bisher behandelten Streikfrage wird die Hindenburg...
burger Verhandlung des C. M. D. noch weitere Schritte...
nehmen. Ueber deren Ergebnis wird noch später zu berichten sein.

Berlin. Die Mitgliederzahl in den Berliner Gruppen zeigt eine erfreuliche Aufwärtsbewegung. Leider sind nicht alle Gruppen...

Redaktion. Bei unserer vor kurzem stattgefundenen Generalversammlung glänzten leider manche Redaktionskollegen mit Abwesenheit...

Table with 2 columns: Location and Amount. Includes entries like Neustadt 1. Schw. 1. 4. 40,60 M.; Nürnberg 6. 4. 86,70 M.

Table with 2 columns: Location and Amount. Includes entries like Burg 14. 4. 75,57 M.; Verdoh! 23. 4. 805,35 M.

Die Verwaltungsstellenkassierer wollen die oben angeführten Geldeingänge mit den von ihnen eingefandten Ueberechnungsbildern vergleichen...

Bekanntmachung

Sonntag, 17. Mai, ist der 21. Wochenbeitrag fällig.

Berichtigung.

Unter Bekanntmachung des Vorstandes betreffs Einführung der Krankenunterstützung ist ein sinnfälliger Druckfehler unterlaufen.

Fragen der Preisgestaltung

F. A. B. Der Wissenschaftler nimmt zu den Fragen des Wirtschaftslebens eine erklärende Stellung ein. Er will die Zusammenhänge aufdecken...

keinen Umständen entzaten kann oder mag, das kaufe ich um jeden Preis. Das heißt aber, um den Preis, den ich gerade noch zahlen kann...

Gewisse Gruppen von Sachgütern nehmen in der Preisbildung eine besondere Stellung ein: Gemälde, Edelsteine, Luxusgegenstände...

Es gibt aber auch Güter, die beim Einlauf einen Marktpreis haben, weniger aber einen Verkaufspreis. Sobald der Verkäufer das Produkt nicht in demselben Zustand verkauft, wie es eingekauft hat...

Ein recht anschaulicher Weise hat Professor Lujo Brentano das Wesen von Angebot und Nachfrage geschildert. Er führte ungefähr aus: Nachfrage bedeutet nicht etwa die Menge der Güter bestimmter Art...

Der Preis wird nach alledem von Tatsachen und Meinungen bestimmt. Waren die Meinungen falsch, dann werden sie von den Tatsachen...

Monopolgüter (die in der Hand eines einzigen oder mehrerer sind) können ohne Rücksicht auf die Herstellungskosten sehr hoch ansetzen...

Der Preis wird nach alledem von Tatsachen und Meinungen bestimmt. Waren die Meinungen falsch, dann werden sie von den Tatsachen...

Geldeingänge

Geldeingänge bei der Hauptkasse im Monat April 1925.

Large table listing monetary contributions by city and amount. Includes entries like Alsen 9. 4. 500 M.; Berlin 20. 4. 966,40 M.; Dresden 10. 4. 1800 M.

Schlußleitung: Georg Wieber. Verlag: Franz Wieber,

Duisburg. Druck: Vereinigte Verlags- und Druckererei-Gesellschaft m.H.H. (Erich vom Niederrhein & G. Köllen), Duisburg.